



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Einzelnummern 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expediton: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 518. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Sonabend, den 4. November 1876.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

4. Sitzung des Reichstages (3. November).

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Bülow, Leonhardt, v. Kamele, v. Stöck, v. Amberg u. A.

Abg. v. Könneritz zeigt an, daß in Folge seiner Ernennung zum Königlich Sächsischen Finanz-Minister sein Reichstagsmandat erloschen ist. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Es wurden 227 Stimmzettel abgegeben, von denen 68 unbeschrieben sind. Auf den Namen des Abg. v. Benda lauten 156, auf Abg. Hänel 2, auf Abg. Berger 1 Stimme.

Abg. v. Benda erklärt: Herr Präsident, ich halte mich mit Rücksicht auf unsere Geschäftsverhältnisse für verpflichtet, die Wahl anzunehmen. Dem Hause sage ich meinen Dank.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Nordde zur Nebenau werden die Schriftführer der vorigen Session, die Abgg. Bernards, Herz, Graf v. Kleist, Frhr. v. Soden, Schilo, v. Bahl, Dr. Weigel und Wölkel durch Acclamation wiedergewählt.

Das Haus ist somit constituirt und wird demnächst von der erfolgten Constatirung Sr. Majestät dem Kaiser Mitteilung gemacht werden.

Der Präsident ernannt zu Quästoren die Abgg. v. Forcade und v. Puttkamer (Frankfurt).

Seit dem Schluß der letzten Session sind folgende Mitglieder verstorben: Dr. Zellkamp, Graga, v. Benzin und Ziegler. Das Haus ehrt das Andenken derselben in der üblichen Weise.

Vom Reichstagskanzler sind drei Schreiben, betreffend die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Beleidigung des Reichstages eingegangen; dieselben werden der zu wählenden Geschäftsordnungscommission überwiesen werden.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus zunächst folgende Commissionen zu wählen: Geschäftsordnungscommission von 14, Petitionscommission von 28, Budgetcommission von 21, Rechnungs- und Wahlprüfungscommission von je 7 Mitgliedern.

Präsident v. Jordan bedankt sich für die Commissionenberichte über die Justizgesetze; das Haus wolle auf Grund des Gesetzes vom Januar 1876 in der Lage, ohne Weiteres in die Beratung der Justizgesetze einzutreten. Mit Rücksicht aber darauf, daß sich die Nothwendigkeit herausstellen wird, einzelne Theile dieser Gesetze wiederum an eine Commission zu verweisen, schlage ich vor, bereits jetzt die Wahl einer Justizcommission zu beschließen.

Abg. Miquel unterstützt diesen Vorschlag, da bei der Specialberatung leicht Anträge angenommen werden könnten, welche in den Zusammenhang der Gesetze nicht passen, wodurch Incongruenzen entstehen würden. Es wird wohl allgemein im Hause der Wunsch bestehen, daß die Erläuterungen des Bundesrathes nicht von Paragraph zu Paragraph gegeben werden, sondern, daß eine übersichtliche Zusammenstellung sämtlicher Beschlässe des Bundesrathes vorgelegt werde. Geschieht das nicht, so wird nicht nur die Beratung erschwert, sondern das Zustandekommen der Justizgesetze in dieser Session geradezu gefährdet.

Abg. Windthorst (Meyen) ist der Ansicht, daß alle juristisch-technischen Fragen derselben Justizcommission überwiesen werden, die bisher mit der Materie betraut gewesen ist und deren Mitglieder das Haus unzweifelhaft wieder wählen wird. Es giebt aber eine Reihe von Fragen, die nicht technischer Natur sind, bei denen es wohl angezeigt sein wird, einiges neue Blut der Commission zuzuführen und andere Elemente in dieselbe zu senden. Denn diese Herren sind durch die Bundesregierungen bereits so gedrängt worden, daß es sehr nothwendig ist, daß andere noch nicht so gedrängte Kräfte ihnen zu Hülfe kommen. (Heiterkeit.) Für diese Fragen wird es sich vielleicht empfehlen, besondere Commissionen einzusetzen.

Abg. Miquel möchte für diese Fragen, die mehr politischer Natur sind, lieber die Beratung im Plenum empfehlen.

Abg. Dr. Hänel hält es für nothwendig, daß man eine positive Auskunft darüber erhalte, ob von den verbündeten Regierungen eine solche Gesamtübersicht ihrer Bedenken gegen die Beschlässe der Justizcommission zu erwarten sei, oder ob man erst vom Paragraph zu Paragraph die abweichenden Ansichten dem Hause vorlegen wolle.

Präsident v. Jordan bedankt sich nach den eben gefallenen Bemerkungen constatiren zu dürfen, daß von allen Seiten des Hauses der Wunsch kundgegeben sei, eine derartige Gesamtübersicht zu erhalten.

Bundesbevollmächtigter Dr. Leonhardt: Ich bin in der Lage, Namens der verbündeten Regierungen die Bereitwilligkeit derselben zu erklären, diesem Wunsche nachzukommen. Es wird Ihnen also, und zwar in sehr kurzer Zeit, eine Gesamtübersicht der betreffenden Bedenken, gefordert nach den einzelnen Gesetzentwürfen, zugehen. An einer Uebersicht der Bedenken, welche nicht mehr geltend gemacht werden, früher aber geltend gemacht worden sind, wird dem Hause nichts gelegen sein; denn diese Bedenken sind todt und kommen wieder erst zum Leben, wenn sie, sei es von den verbündeten Regierungen, sei es von dem Hause selbst, aufgenommen werden. Ich muß hierbei bemerken, daß die verbündeten Regierungen einige 70 Bedenken haben fallen lassen und daß sie in verschiedenen Punkten ihre Bedenken jetzt in einer modificirten Fassung vorbringen, welche geeignet ist, eine Vermittelung herbeizuführen. Die verbündeten Regierungen werden sich der Hoffnung hingeben dürfen, daß sie in diesem Falle ein Entgegenkommen finden werden oder doch wenigstens den Wunsch, durch Verminderung der Differenzen ihrerseits dazu beizutragen, die große Aufgabe, die Ihnen obliegt, zu erleichtern. Ich gestatte mir jedoch zwei allgemeine Bemerkungen, denen Sie, wie ich glaube, Widerspruch nicht entgegenzusetzen werden.

Das Verfahren, das inne gehalten werden soll, ist ein ganz anomales und für die parlamentarische Action der Bundesregierungen kein günstiges; allein gegenüber einer so großen und umfassenden Aufgabe, wie sie Ihnen gestellt worden ist und schwerlich je einer parlamentarischen Versammlung wieder gestellt werden wird, wollen die verbündeten Regierungen gegen dieses anomale Verfahren, insofern dadurch eine Erleichterung der Geschäftsbehandlung herbeigeführt wird, Einspruch nicht erheben; aber als einen Präcedenzfall müssen sie dies Verfahren ablehnen. Sodann müssen die verbündeten Regierungen sowohl für ihre Gesamttheit als für die Einzelregierungen sich das Recht wahren, zu jeder Zeit gegen speciell Punkte in der zweiten und dritten Lesung Bedenken geltend zu machen, mögen diese noch neu oder schon früher geltend gemacht sein. Schließlich bemerke ich, daß die verbündeten Regierungen in der angenehmen Lage sind, sich mit sämtlichen Anträgen einverstanden zu erklären, welche die zur Prüfung der Concursordnung niedergesetzte Justizcommission gefaßt hat. Es würde also von Seiten der verbündeten Regierungen gegen eine etwa beliebige en bloc-Beschlußfassung über dieses letztgenannte Gesetz Widerspruch nicht erhoben werden.

Das Haus nimmt den Antrag des Abg. Schröder (Lippstadt), die gegen den Abg. Dr. Franz schwäbenden gerichtlichen Untersuchungen für die Dauer der Session auszusetzen, ohne Debatte an.

Abg. Most begründet darauf seinen Antrag, mehrere gegen den Abg. Liebknecht anhängige Strafverfahren während der Dauer der Session aufzuheben, und kritisiert dabei das Verfahren der preussischen Gerichte und einzelner Staatsanwälte gegen Mitglieder der socialdemokratischen Partei.

Abg. Lasker empfiehlt dem Hause die Annahme des Antrages, vermahnt sich jedoch dagegen, daß er dadurch der Begründung des Antragsstellers seine Zustimmung gebe.

Das Haus nimmt den Antrag an.

Ohne Debatte wird in erster und zweiter Beratung der Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Luxemburg genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877.

Abgeordneter Richter (Hagen): Bei der Lectüre des Etats drängt sich eine allgemeine Bemerkung auf. Sie erinnern sich, daß der Etat pro 1876 auf anderen Grundlagen festgestellt wurde, als er von der Regierung ursprünglich beantragt war. Der jetzt vorgelegte Etat enthält nun eine glän-

zende Rechtfertigung der vom Reichstage im Gegensatz zu der Regierung damals eingeschlagenen Finanzpolitik, und es ist jetzt darzulegen, daß, wenn der Reichstag in den Jahren 1875 und 1876 bei der Statberathung den Anforderungen der Regierung und den Ansichten der conservativen Partei entsprochen hätte, im Ganzen 45 Millionen Mark Matricularbeiträge und neue Steuern mehr abverlangt worden wären, als nothig sind, um die Bedürfnisse des Reiches zu bestreiten. Die inzwischen abgelaufene Zeit zeigt sogar, daß der Reichstag auch unsere noch weitergehenden Beschlässe unbedenklich hätte annehmen können, ohne die Reichsfinanzen zu schädigen. Von den schwarzen Befürwortern, die damals Herr von Münnigerode aussprach, ist keine einzige eingetroffen. Man hat den knappen Betrag an Zinsen, die wir für Schatzanweisungen und Anleihen ausgesetzt haben, nicht einmal aufgebraucht; man hat vollständig Geld genug gehabt, um ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Credits fertig zu werden. Was das damals von uns gekürzte Extraordinarium der Marine betrifft, so zeigt der Etat ferner, daß die bewilligte Summe nicht allein vollständig ausgereicht, sondern daß sie sogar noch genügt hat für das folgende Quartal 1877. Die Regierung verzichtet deshalb auf jede neue extraordinäre Bewilligung in diesem Quartal, ja sogar für die Bewilligung im Ordinarium für Erschauten, weil die damals bewilligte Summe auch auf diesen Zweck für das erste Quartal ausreicht, abgesehen von der 1,000,000 Mark, die sie neu verlangt.

Dieser Quartaletat zeigt ferner, daß es eine solche Erhöhung der Matricularbeiträge, wie sie im früheren Etat von uns gefordert wurde, ganz und gar nicht nöthig gewesen ist. Die Regierung verzichtet auf eine Erhöhung der Matricularbeiträge für dieses Quartal und will den Unterschied zwischen Einnahme und Ausgabe durch eine Anweisung auf die Ueberschüsse des Jahres 1875, die sich inzwischen in einer Höhe ergeben haben, die damals von uns vorausgesehen war, decken. Die Regierung vermeint 11½ Millionen Mark aus den Ueberschüssen des Jahres 1875 in die Einnahmen dieses Quartals. Dadurch würde der Ueberschuß des Jahres 1875 nahezu aufgebraucht, was wir in Rücksicht auf die nöthige Vorsehung für den künftigen Etat nicht für gerechtfertigt halten können. Dieser Etat zeigt ferner, daß die Einnahmen des ersten Quartals des Kalenderjahres noch geringer sind als die Ausgaben. Es hängt das wesentlich damit zusammen, daß im ersten Quartal so gut wie gar keine Ribbensteuer einkommt, weil darin nur diejenige Ribbensteuer fällt, die im letzten Quartal vor der neuen Ernte eingeschrieben worden ist. Der Unterschied, welcher dadurch entsteht, daß die Einnahmen im ersten Quartal sich nochmals vermindern, wird nun durch die Ueberschüsse des Vorjahres auszugleichen gesucht. Fände keine Verlegung des Etatsjahres statt, so würde dieses Ribbendeficit aus dem Betriebsfonds gedeckt werden. Die folgenden Quartale führen demselben ja das wieder zu, was im ersten Quartal wegen verhältnismäßig geringerer Einnahmen zugeflossen werden muß. Dadurch, daß das ungünstige erste Quartal des Kalenderjahres an den Schluß des Etatsjahres gestellt wird, wird das Bedürfnis nach einem Betriebsfonds überhaupt vermindert, und es ist deshalb gerechtfertigt, denselben zu vermindern. — Das Ribbendeficit tritt hauptsächlich bei der Ribbensteuer hervor; aber das Minimum, welches von dieser Steuer in den fünf Quartalen vom 1. Januar 1876 bis 1. April 1877 einkommen wird, bleibt um mehrere Millionen hinter dem zurück, was im Etat für 1876 und in diesem Etat angesetzt ist. Und das scheint es mir unrichtig, anstatt auf die Ribbensteuer, auf den Ueberschuß des Vorjahres zu verweisen. Wenn wir es gestatten, daß in dieser Weise auf bereits feststehende Ueberschüsse zurückgegriffen werde, so erschweren wir dem Reichstage für die nächste Statberathung die Position, wenn die Regierung wieder mit der Zumuthung kommen sollte, mehr Matricularbeiträge, mehr Steuern dem Volke abzunehmen, als an und für sich das Bedürfnis erfordert. Denn wir sind der Meinung, daß in diesen schlechten Zeiten auch bei dem nächsten Etat nicht davon die Rede sein kann, die Steuerlast zu erhöhen. Aus diesem Grunde schlagen wir Ihnen vor, die Einnahme-Capitel 1 und 16—20 der Budget-Commission zur Vorprüfung zu überweisen.

Präsident des Reichstagskanzlers Hofmann: Gegen den letzten Antrag des Herrn Vorredners habe ich nichts zu erinnern; es kann ja den verbündeten Regierungen nur erwünscht sein, wenn die angeregten Bedenken durch eine Commission sorgfältig geprüft werden. An die Frage einer anderweitigen Regulirung der Matricularbeiträge sind die verbündeten Regierungen herangetreten, glaubten jedoch für dieses Quartal davon Abstand nehmen zu müssen, weil sie es nicht für opportun hielten, daß bei Gelegenheit eines derartigen Uebergangsstadiums eine so wichtige principielle Frage erledigt würde. Im Uebrigen möchte ich mir, wie es bisher bei der Verlegung des Etats üblich gewesen ist, erlauben, Ihnen bei dieser Gelegenheit eine Uebersicht der Finanzlage des laufenden Jahres zu geben. Ich schide dabei voraus, daß die Zahlen naturgemäß nicht völlig sicher sein können, aber sofern sich Berechnungen und Annahmen aufstellen lassen, die sich an tatsächliche Verhältnisse anlehnen, wird das laufende Jahr mit einem Ueberschuß von etwa 8 Millionen Mark abschließen. Die einzelnen Grundlagen, auf denen diese Vermuthungen basiren, sind folgende: An Mehrausgaben liegen zunächst größere Kosten vor beim Militäretat in Folge der hohen Naturalpreise und zwar eine Summe von 6 Millionen Mark. Hier- von gehen einzelne Ersparnisse ab, so daß eine Mehrausgabe von 5,682,000 Mk. bleibt. Nachdem sind Mehrausgaben erwachsen für das Reichstagskanzleramt gegenüber dem im Etat vorgegebenen Summe und zwar durch den Neubau der Veruchstation zur Prüfung der Rationirungswerte von Zucker und andern Rohmaterialien zu Charlottenburg, sowie die Nothwendigkeit einiger Umbauten innerhalb des Reichstagskanzleramts zusammen 200,000 Mk. Ferner sind hier vorläufig die Mehrkosten für die Befestigung der Insel Wangerooge zum Schutz der Küste in Höhe von 544,000 Mk. eingestellt.

Der Etat des Reichstages erfordert einerseits wegen der doppelten Session, andererseits wegen der Constituierung der Justiz-Commission gegenüber dem Anschlag ein Mehr von etwa 200,000 Mark. Rechnet man zu diesen Mehrausgaben noch die Mindereinnahmen, welche sich voraussichtlich bei der Post- und Telegraphenverwaltung auf 2½ Millionen, bei der Wechselstempelsteuer auf 500,000 Mk. herausstellen werden, so ergibt sich gegenüber dem Etatsanschlag ein Minderbetrag von ungefähr 9½ Millionen. Diesen Mehrbedürfnissen und Mindereinnahmen gegenüber erscheinen nun theilweise Ersparnisse bei einzelnen Etats theils Mehrbeträge bei den Einnahmen des Reiches. An Ersparnissen sind in Aussicht genommen bei der Marineverwaltung in ordentlichen Ausgaben 800,000 Mk., an außerordentlichen 200,000 Mk.; und an Zinsen der Reichsschuld 2½ Millionen, so daß die Ersparnisse im Ganzen sich auf 3,580,000 Mk. belaufen. An Mehreinnahmen treten auf beim Reichsfestungs- und Reichseisenbahnbaufonds 1,130,000 Mk., bei den Zöllen und Steuern für die 3 verfloßenen Quartale 11,000,000 Mk., für das vierte voraussichtlich etwa zwei Millionen, so daß also der wirkliche Ueberschuß an Einnahmen sich auf etwa 14,130,000 Mk. beläuft. Zusammen mit den obigen Ersparnissen ergibt sich also als Ueberschuß die Summe von 17,710,000 Mk. Zieht man hiervon die Summe der Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von 9½ Millionen ab, so bleibt ein Ueberschuß von circa 8 Millionen. Vom Jahre 1875 steht nun noch ein Ueberschuß von 14 Millionen zur Verfügung, so daß für 1877 22 Millionen zur Verwendung vorhanden sind. Ungünstig dieser Sachlage bemerke ich dem Abg. Richter, daß es durchaus gleichgültig ist, ob wir die Ausgaben des nächsten Quartals aus den Ueberschüssen von 1875 oder 1876 decken. Was die einzelnen Verwaltungszweige anbetrifft, so gehört deren Behandlung in die Specialdebatte, ich enthalte mich deshalb, hierauf näher einzugehen und kann in dieser Beziehung nur auf die Denkschrift zum Etat verweisen.

Abg. Windthorst: Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß unsere Reichsfinanzen einer noch günstigeren Lage entgegen gehen, muß aber die Gelegenheit, welche mir die erste Beratung des Etats bietet, benutzen, um einige Bedenken vorzutragen. Erstens führe ich an, daß der Reichstag erst so kurze Zeit vor dem Tage der Eröffnung einberufen worden ist, und daß man zur Eröffnung den 30. October gewählt hat, obwohl die verbündeten Regierungen wissen mußten, daß zwei hohe Feiertage es einem großen Theile der Mitglieder des Hauses unmöglich machen, in den nächsten Tagen an öffentlichen Verhandlungen sich zu betheiligen. Die officiösen Blätter haben meine Fraktionsgenossen und speciell mich angetrissen, weil wir an diesen Feiertagen hier nicht erschienen sind; ich erwiderte: ich hielt

es für meine Pflicht, an solchen Tagen an öffentlichen Verhandlungen nicht Theil zu nehmen. Ferner bedauere ich, daß in einem Zeitpunkte, in welchem überaus wichtige Fragen zur Erörterung stehen, der Herr Reichstagskanzler so persönlich anwesend ist. Ich gönne ihm jede Erholung; aber in einem so wichtigen Augenblicke ist es kein unbilliger Wunsch, aus seinem Munde selbst Erläuterungen über die in Aussicht genommene Reorganisation des Reichstagskanzleramts zu hören. Ich erkläre schon jetzt, daß ich die Forderungen für die Erweiterung des Reichsjustizamts nicht bewilligen werde, weil ich für eine solche Erweiterung keinen Grund finde. Auch halte ich es nicht für nöthig, eine neue Abtheilung für die Verwaltung von Elsaß-Lothringen zu bilden. Es involvirt diese Maßnahme einen präjudiciellen Schritt für die staatsrechtliche Stellung von Elsaß-Lothringen überhaupt. Es heißt: man hat einen Unterstaatssecretär ernannt mit erweiterter Competenz, aber es wird nicht gesagt, worin diese Kompetenzerweiterung besteht. Will man etwa Geschäfte und Gegenstände, welche in Elsaß-Lothringen selbst erledigt werden sollen, nach preussischer Manier centralistisch nach Berlin verlegen? Besser wäre es, gerade in entgegengekehrter Richtung zu handeln. Die Maßregel hat denn auch in Elsaß-Lothringen große Aufregung hervorgerufen und zwar bei allen Parteien; ja, nach verschiedenen Zeitungsnachrichten soll sie der Ober-Präsident dort selbst nicht gebilligt haben.

Die Nichtigkeit dieser Nachrichten vorausgesetzt, kann ich dem Herrn Oberpräsidenten für sein Vorgehen nur meine große Anerkennung aussprechen. (Unruhe.) Nach den Vorgängen bei der gestern hier vorgenommenen Wahl erscheint es freilich mißlich, hier Beschwerden vorzutragen, denn die parlamentarische Atmosphäre riecht etwas stark nach Knobloch. (Große Unruhe und Heiterkeit.) Der Präsident v. Jordan bedankt sich den zuletzt geäußerten Ausdruck als einen unparlamentarischen. Der Reichstagskanzler ist der einzige verantwortliche Träger der auswärtigen Politik und es wäre daher seine Anwesenheit um so mehr erwünscht, als die Thronrede die nöthigen Aufschlüsse über die Stellung Deutschlands zu der orientalischen Frage nicht gegeben hat. Der Reichstagskanzler hat früher einmal geäußert, der Orient wäre so weit entfernt, daß die Interessen Deutschlands von den dortigen Vorgängen nicht berührt werden. Die Interessen, die wir dort haben, scheinen ihm also sehr fernliegend zu sein. Gewiß sind sie fernliegend vom Standpunkte der Spree (Heiterkeit), aber nicht vom Standpunkte der Donau und in der orientalischen Frage sind die Interessen Deutschlands auch die unrigen. Dies möchte ich insbesondere den Nationalliberalen zu bedenken geben, die ja so viel für die Cultur thun. Die deutsche Cultur und die österreichische sollen nach dem Oriente getragen werden und daher haben wir ein sehr starkes Interesse, Oesterreich, wenn es bedrängt ist, beizustehen. Ich gebe darauf nicht weiter ein, denn der einzige Mund, der uns belehren könnte, ist ja geschlossen. Die Frage, ob besondere Reichsministerien einzurichten seien, ist abstract nicht zu beantworten. Wir stehen hier überhaupt vor einem Problem, dessen Lösung wahrscheinlich nicht gefunden werden wird, so lange der Reichstagskanzler bei der Ansicht bleibt, daß nur er allein die Macht in Händen hat und allein verantwortlich ist. Ein festes Reichsministerium ist sehr wünschenswerth; es ist dann aber auch die weitere Ausbildung der parlamentarischen Vertretung, insbesondere ein Staatenhaus, nöthig (Widerpruch), um nicht die Einzelstaaten aus dem Bunde der Lebendigen auszustreichen und in einen Abreiß zusammenzurühren, wogin die jetzige Tendenz gerichtet ist. Die Wähler werden gut thun, bei den nächsten Wahlen die Abgeordneten zu fragen, ob sie wirklich die Absicht haben, die Einzelstaaten in dem Staate Preußen aufgehen zu lassen, oder ob sie bereit sind, in das Centrum zu gehen (Heiterkeit) und von diesem Standpunkte aus diese Unionification zu bekämpfen, denn diese Aufgabe hat sich das Centrum gestellt. Namentlich werden sich die Wähler bei ihren Abgeordneten nach ihrer Stellung zu der Reichs-Eisenbahnfrage erkundigen müssen. Alle diese höchst wichtigen Dinge hängen mit der Organisation des Reichstagskanzleramts zusammen.

Präsident Hofmann: Der Vorredner hat sich darüber beschwert, daß die Zeit zwischen Einberufung und Zusammentritt des Reichstages zu kurz bemessen, und daß ein unbedeutender Tag gewählt worden sei. Er hat ferner bedauert, daß der Reichstagskanzler nicht persönlich den Beratungen beiwohne, weil es sich im Etat des Reichstagskanzleramts um wichtige Verfassungsänderungen handle, und weil sich die Thronrede über die Absichten der Regierung hinsichtlich der orientalischen Frage nicht klar genug ausgesprochen habe. Er hat sich auch mit der Frage eines Staatenbaues beschäftigt, das die Einzelstaaten gegen centralistische Tendenzen schützen solle, und ihnen empfohlen, in das Centrum einzutreten; er hat ferner noch manche Fragen berührt, welche bei der Specialberatung zur näheren Erörterung kommen werden. Der Reichstag ist nun meiner Meinung nach früh genug berufen worden; denn die kaiserliche Verordnung ist am 18. October, also 12 Tage vor dem Zusammentritt, publicirt worden, derselbe Zeitraum ist im vorigen Jahre innegehalten worden. Die Verordnung konnte nicht früher publicirt werden, weil man auf den Tag der preussischen Landtagswahlen Rücksicht nehmen mußte. Wenn er sich darüber beschwert, daß ein katholischer Feiertag sobald auf die Einberufung folgte, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß die Zeit, die dem Reichstage gelassen, schon so knapp bemessen ist, daß eine noch spätere Einberufung wohl nicht angängig war. Es war ja auch wohl ganz erwünscht, wenn die Abgeordneten zum Studiren der Vorlagen einen freigebliebenen Tag hatten, jedenfalls darf man darin keine Rücksichtslosigkeit gegen die katholischen Mitglieder sehen. Der Vorredner hat dann die Abwesenheit des Reichstagskanzlers bedauert, ich bin fest überzeugt, daß der Reichstagskanzler dies Bedauern vollständig theilt. Ich hoffe aber, daß er im Laufe der Beratungen noch Gelegenheit haben wird, hier zu erscheinen und namentlich über die auswärtige Politik hier seine Meinung zu sagen.

Es ist allerdings richtig, daß es sich bei den Änderungen im Reichstagskanzleramt um wichtige Dinge handelt; aber es handelt sich dabei nicht um ein starkes Stück Verfassung, es handelt sich nur um die Abgrenzung der Competenzen lediglich innerhalb des jetzigen Wirkungsfeldes des Reichstagskanzleramts. Eine Competenz-Erweiterung ist nicht in Aussicht genommen, wie der Vorredner glaubt. Ich wüßte gar nicht, daß dieses Wort in der Denkschrift vorkam und habe sie daraufhin nochmals durchgesehen; da finde ich denn allerdings folgende Stelle: „Die Umwandlung der Stelle des Directors der bisherigen Abtheilung des Reichstagskanzler-Amtes für Elsaß-Lothringen in die eines Unterstaats-Secretärs mit entsprechend bemessener Competenz u. s. w.“ — es handelt sich doch hier aber nur um die Gehaltscompetenz desselben. (Heiterkeit.) Das Verhältniß stellt sich nunmehr folgendermaßen: früher erstattete der Director dieser Abtheilung nicht direct dem Reichstagskanzler, sondern dem Präsidenten des Reichstagskanzler-Amtes Vortrag; jetzt soll er dem Reichstagskanzler direct unterstellt sein. Das entspricht nur dem, was die Reichslande selbst wünschen können, und ich begreife nicht, wie Unzufriedenheit im Lande entstehen konnte, wenn die Bevölkerung nicht abgesehen von irren Führern. (Sehr richtig.) Die Reichslande fürchteten nur, daß eine neue Behörde zwischen ihnen und der Regierung eingeschoben werden sollte; daß ist ja nicht der Fall, im Gegentheil, es wird ja eine Zwischeninstanz, das Reichstagskanzler-Amt, wegeräumt. Eben- sowenig handelt es sich im Reichsjustiz-Amt um eine Ausdehnung der Competenz. Sollte die centralistische Tendenz nicht bloß den Nationalliberalen, sondern auch der Reichsregierung imputirt werden, so muß ich dem entschieden widersprechen. Es besteht bei der Regierung nicht das Bestreben, die Einzelstaaten aus dem Reiche der Lebenden zu streichen, und die Bemerkungen des Abg. Windthorst werden, denke ich, bei denselben keine allzu großen Beforgnisse erwecken.

Abg. Richter: Mit dem Antrage des Abg. Richter, betreffend die Ver- weisung einzelner Capitel an die Budget-Commission, bin ich einverstanden. Derselbe hat ferner ausgeführt, daß es nicht rathsam sei, die Ueberschüsse von 1875 für das 1. Quartal 1877 so stark anzugreifen, wie es die Regierung gethan; er gab zwei Auswege an, entweder die Ribbendersteuer zu erhöhen, die notorisch eine höhere Einnahme in Aussicht stellt, oder die erhöhten Betriebsfonds zur Ausgleichung des Defizits zu verwenden. Von den Ueberschüssen von 1876 war keine Rede. Ich will hier nochmals con- statiren, daß die von der Majorität des Reichstages befolgte Finanzpolitik in der That eine reale Politik war, und daß alle Befürchtungen, welche uns bergehalten wurden, um die Zumuthungen zu begründen im Jahre 1875

25 1/2 Millionen Matricularbeiträge mehr zu erheben und mehr Steuern zu bewilligen, um eine Unterbilanz für 1877 zu vermeiden, völlig grundlos waren. Wenn man die im Etat vorgelegten Thatsachen betrachtet, wird man wohl dahin kommen, die Finanzpolitik der Bundesregierungen für eine zu ideelle zu halten, die nur im Interesse der Zukunft getrieben wird. Wir haben wieder von einem Ueberschuß von 8 Millionen Mark gehört, und wenn wir hoffen dürfen, daß es dem jetzigen Präsidenten des Reichskanzleramtes ebenso geht, wie seinem Vorgänger, der auch die Ueberschüsse immer um einige Millionen zu niedrig tarirte, so stehen wohl 10 bis 12 Millionen Mark Ueberschuß in Aussicht; und das ist keine gar so geringe Sache. Es geht aus diesem Vierteljahrsetat hervor, daß die Einnahmen im schnelleren Maße wachsen als die Ausgaben; wir haben also ganz guten finanziellen Verhältnissen entgegen, und ich glaube, daß wir keine neue Steuerprojecte brauchen. Zu einer gründlichen rationalen Steuerreform, besonders der Stempelsteuer, sind wir gern bereit; einer Einführung der neuen Steuern wird die Majorität nicht zustimmen. (Beifall.)

Abg. Winterer (Elsas) betont, daß die Neugestaltung des Reichskanzleramtes ernste Befürchtungen in den Reichsländern herborgerufen habe, weil man in denselben den ersten Schritt zu erkennen glaube zur Errichtung eines Ministeriums für die Reichsländer in Berlin und zur Verlegung der Landesadministration auf Straßburg nach der Reichshauptstadt. Gegen eine solche Centralität hatten sich alle Interessenten einstimmig, selbst der sonst so mächtige Landesausschuß gewehrt.

Abg. Lucius (Erfurt) als meine Partei bei der Beratung des diesjährigen Etats bereit war, den vierten Theil der Einnahmen auch für das erste Quartal des nächsten Jahres zu bewilligen, so hat sich die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßregel in der gegenwärtigen Debatte klar gezeigt. Nicht nur haben die mit der Etatsaufstellung betrauten Herren sonst dieselbe Arbeit wie mit der Aufstellung eines ganzen Jahresetats gehabt, sondern wir werden allem Anschein nach auch eine vollständige Etatsdebatte haben. Gegen die Ausführungen des Abg. Richter muß ich aber meine Partei verwahren, als wären wir auch bereit gewesen, höhere Ausgaben zu bewilligen. Die Ausführungen des Abg. Richter sind doch rein calculatorischer Natur und wenn durch unsere damalige Bewilligung ein Ueberschuß aus den Matricularbeiträgen entstanden wäre, so würde dieser Ueberschuß doch auch wieder zur Beschulassung des Hauses gelangt sein. Was dagegen die Bewilligung neuer Steuern betrifft, so stehen wir vollständig auf dem Standpunkte des Abg. Richter, daß wir nämlich solche ablehnen, sobald wir nicht ihre unumgängliche Nothwendigkeit einsehen. Ich glaube daher, daß die Rede des Abg. Richter mehr an die Adresse der Wähler gerichtet war, als an die hier Anwesenden. Ich will nicht nahe auf die Ausführungen des Abg. Windthorst über die auswärtige Politik eingehen, ich glaube aber, daß in der Thronrede die Situation genügend gekennzeichnet wird, daß nach der Meinung des deutschen Volkes die Leitung seiner auswärtigen Politik in bewährten Händen ruht und daß der Leiter unserer auswärtigen Politik sich zu allererst Rath beim Abg. Windthorst erholen wird. Den Bedenken des Abgeordneten aus Elsas gegenüber habe ich in der beabsichtigten Neugestaltung des Reichskanzleramtes das Bestreben erkannt, die Selbstständigkeit des Landes möglichst zu wahren, wenigstens ich der Meinung bin, daß noch Jahrzehnte hindurch wir uns den Besitz jenes Landes nicht durch Vertrauensbeweise und Erwerbung von Sympathien sichern können.

Abg. Windthorst (Meppen) bemerkte dem Präsidenten des Reichskanzleramtes gegenüber, daß er seine Erörterungen über die Stellung des Unterstaatssekretärs für Elsas-Lothringen nicht auf das Wort „Competenz“ in der vom Präsidenten Hofmann citirten Denkschrift, sondern auf die folgenden Worte: „durch die demselben mit der größten Selbstständigkeit auferlegte größere Verantwortlichkeit“ gegründet habe und daß darunter offenbar eine Verstärkung des Einflusses verstanden werden müsse. Er wenigstens glaube das und im Reichslande theile man seine Meinung, die er auch bei der Specialberatung in detail begründen werde. Die scharfe Bemerkung des Abgeordneten Lucius sei ihm nur erklärlich, wenn derselbe befürchte, er, der Redner wolle sich in den intimen Rath des Reichskanzlers eindrängen. Er wolle keineswegs dem Abg. Lucius aus seiner einflussreichen Stellung verdrängen, müsse sich aber auch als Volksvertreter das Recht wahren, selbst über die auswärtige Politik des Reichskanzlers seine Meinung zu sagen.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Nicht um dem Abg. Windthorst Recht zu behalten, sondern um die Befürchtungen in Elsas-Lothringen zu zerstreuen, will ich den streitigen Punct der Denkschrift vorlesen. Derselbe lautet: „Die Umwandlung der Stelle des Directors der bisherigen Abtheilung des Reichskanzleramtes für Elsas-Lothringen in die eines Unterstaatssekretärs mit entsprechender besserer Competenz war durch die demselben mit der größten Selbstständigkeit auferlegte größere Verantwortlichkeit geboten.“ Mit der größeren Selbstständigkeit ist gemeint, daß jetzt nicht mehr zwischen dem Director der Abtheilung für Elsas-Lothringen und dem Reichskanzler eine Zwischenbehörde in Gestalt des Präsidenten des Reichskanzleramtes, wie es bisher war, steht. Ich erkläre aber positiv, daß an einer Erweiterung der Befugnisse der Landesregierung gegenüber in keiner Weise gedacht wird.

Abg. Nordemann zur Rabenau tritt den Ausführungen des Abg. Windthorst namentlich in Betreff der Abwesenheit des Reichskanzlers entgegen, der durch sein fürstliches Unwohlsein hinreichend entschuldigt werde.

Abg. Richter (Hagen) findet durch die Rede des Abg. Lucius seine Vorwürfe bestätigt, daß die conservativen Parteien bereit gewesen seien, fünf Millionen mehr zu bewilligen und um so viel in Gestalt von erhöhten Matricularbeiträgen das Volk mehr zu belasten, als nöthig gewesen sei. Anstatt jene vom Abg. Richter treffend beurtheilte Idealpolitik zu vertheidigen, welche stets Fiasco gemacht habe, hätte der Abg. Lucius lieber schweigen sollen. Die Wahlen ständen übrigens mehr unter dem Einflusse der Verhandlungen dieses Hauses als unter den landrätlichen Wahlbeeinflussungen.

Abg. Lucius (Erfurt) erklärt, daß er der Rathschläge Richters über die Zweckmäßigkeit, zu reden und zu schweigen, nicht bedürfe. Nie sei von seiner Partei eine Finanzpolitik befürwortet worden, welche die Anhäufung von Ueberschüssen bezwecke. Er habe auch nur bezweifelt, ob der Reichskanzler auf den Rath des Abg. Windthorst Bezeugung schöpfer werde.

Abg. Windthorst (Meppen) will seine Ansicht über die elsas-lothringischen Verhältnisse in der Specialdebatte näher begründen. Es freue ihn, daß der Abg. Lucius den Willen des Reichskanzlers schon kenne, bevor noch die Worte des Redners an das Ohr desselben gedrungen seien. Eine solche Eigenschaft qualificire ihn vortrefflich für einen Vorkämpferposten.

Hiermit schließt die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats. Der Antrag Richter, einzelne Theile des Etats der Budgetcommission zu überweisen, wird angenommen.

Die Tagesordnung ist hiermit erledigt.

Der Präsident bemerkt, daß die Zusammenstellung der Bundesrathsbeschlüsse zu den Beschlüssen der Justizcommission nach der heutigen Erklärung des Justizministers binnen Kurzem zu erwarten sei und daß wahrscheinlich die zweite Beratung der Justizgesetze am nächsten Dinstage begonnen werden könne.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Vertrag mit Luxemburg; Untersuchung von Seeunfällen; zweite Beratung des Etats.)

Berlin, 3. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Landrath Dr. juris B. Schliekmann zu Querfurt zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten; sowie den Staatsanwalt Tomaszewski zu Lissit zum Regierungs-Rath ernannt.

Dem Herrn J. L. Wolf in Hamburg ist Namens des Deutschen Reiches das Equatour als General-Consul der Republik Uruguay ertheilt worden.

Der Appellationsgerichts-Rath Affig in Halberstadt ist gestorben. Der Gerichts-Assessor Mommsen ist zum Landgerichts-Assessor bei dem Landgericht in Bonn ernannt. Der Ober-Amtsrichter Hahn in Carlsbach ist an das Amtsgericht in Hanau versetzt. Der Gerichts-Assessor Tiede ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Bromberg, mit der Function als Gerichts-Commissionar in Etene a. B., und der Gerichts-Assessor Meurers zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Zell ernannt.

Berlin, 3. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge des Polizeipräsidenten von Madai, des Chefs der Admiralität, General der Infanterie von Stosch, und des Ober-Schloßhauptmanns und Intendanten der Königl. Gärten, Grafen von Keller, entgegen. Nachmittags 3 Uhr hielt der Minister des Königl. Hauses, Freiherr v. Schleinitz, Vortrag. (Reichsanz.)

○ Berlin, 3. Novbr. [Die Debatte über die Justizgesetze. — Der Stat. — Ernennungen.] Ueber das Schicksal und die Behandlung der großen Reichsjustiz-Gesetze herrscht noch große Unklarheit. Schon heute hat der preussische Justizminister als Bundescommissar Gelegenheit genommen, die in Aussicht stehenden Erklärungen des Bundesraths über die Differenzpunkte zwischen den Regierungsvor schlägen und den Amendirungen der Commission für die zweite Lesung anzufündigen. Es ist anzunehmen, daß an diese Erklärung vom Tische

des Bundesraths sich sofort eine Erörterung anschließen wird, die bis zu einem gewissen Grade den Charakter einer Generaldiscussion annehmen dürfte. Jedenfalls werden die nächsten Tage in der Verhandlung ein großes Interesse bringen und über die grundsätzliche Stellung der parlamentarischen Mehrheit näheren Aufschluß geben. — Während die Justizgesetze noch in der Schwebe bleiben, wird das Haus sofort zur Erledigung der Vorlagen über den Reichshaushaltsetat für das erste Vierteljahr 1877 schreiten können. Die Beschlußnahme darüber wird hoffentlich keinen großen Zeitaufwand in Anspruch nehmen, da sich die Aufstellung fast ganz an den bisherigen Etat anlehnt. Möglicherweise wird aber der neue Etat für das Reichskanzleramt, welcher auf die neue Organisation Bezug hat, zu näheren Erläuterungen und zu einem Meinungsaustrausch Veranlassung geben. — Der bisher im landwirthschaftlichen Ministerium als Hilfsarbeiter beschäftigte Regierungsrath Beyer ist zum Geh. Regierungsrath und vortragenden Rath in demselben Ministerium ernannt worden. — Der Landrath v. Schliekmann zu Querfurt ist zum Oberregierungs Rath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der Regierung zu Gumbinnen ernannt worden.

— Berlin, 3. Nov. [Die gestrige Bundesraths-Sitzung. — Die Lage der Fabrikarbeiter. — Die Pariser Ausstellung. — Die Autonomie Elsas-Lothringens. — Zur Einführung der Justizgesetze.] Aus der gestrigen Bundesraths-Sitzung ist noch nachzutragen, daß ein Beschlußversuch hinsichtlich der mehrfach erwähnten Eingaben deutscher Salinenbesitzer wegen der Salzeinfuhr aus Frankreich vorbehalten worden ist, weil einzelne Commisars noch nicht hinlänglich informiert waren. Es steht indessen, wie man hört, zu erwarten, daß die Ausfühsanträge, welche gegen die Bewilligung von Schutzmaßregeln gerichtet sind, einfach angenommen werden möchten. — Die kürzlich erwähnten Ergebnisse der Enquete über die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter, welche im Bundesrathe jetzt den Ausschüssen überwiesen sind, finden in bundesrätlichen Kreisen sehr beifällige Aufnahme. Man zweifelt nicht, daß das jetzt in so reichem Umfange vorliegende Material schon in der nächsten Reichstags-Sitzung eine Verwerthung für die Gesetzgebung finden wird. Wie man hört, sollen die auf die Arbeiterfrage bez. Vorlagen in nächster Zeit in Angriff genommen werden. — Die Angelegenheit wegen Beschädigung der Pariser Weltausstellung wird demnächst innerhalb der preuß. Regierung zum Abschluß gebracht werden. Das zustehende Ministerial-Ressort dürfte sich nach Abschluß der von ihm eingeleiteten sehr umfangreichen Erhebungen für die Beschädigung aussprechen und ist die Stimmung in den übrigen Bundesstaaten, wie verlautet, der Beschädigung gleichfalls günstig. Es würde sich also dann möglicherweise für die Ausweisung von Mitteln noch in dem Etat für das erste Quartal des nächsten Jahres handeln. Da man indessen Seitens der Reichsregierung eifrig dahin strebt, die jetzigen Statvorlagen nicht zu erweitern, um den Etat sobald als thunlich festzustellen, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Position für die Pariser Ausstellung erst in dem Etat für das Jahr vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 Aufnahme findet. — Es bestätigt sich, daß der dem Bundesrathe vorliegende Entwurf, durch welchen die Gesetzgebung für Elsas-Lothringen künftighin der Zustimmung des Reichstages nicht mehr bedürfen, sondern nur durch den Bundesrath nach Anhörung des Landesausschusses erlassen werden soll, in dieser Session nicht mehr an den Reichstag gelangen wird. Es war für diesen Entschluß nicht nur der Umstand maßgebend, daß ein so wichtiger Gegenstand in der obnehin schon überlasteten kurzen Session nicht mehr zur Ausführung gelangen kann, sondern auch die Erwägung, daß über die Verlässlichkeit der Bevölkerung in den Reichsländern für eine Erweiterung der Autonomie noch weitere Erfahrungen gemacht werden müßten. — Im preussischen Justizministerium haben in der letzten Zeit Beratungen unter dem Vorsitz des Ministerialdirectors Wenzel stattgefunden, welche sich mit der Aufstellung von Grundsätzen für einheitliche Normen der Gerichtskosten im ganzen Reiche, wie sie der Bundesrath zu erlassen beschloffen hat, beschäftigt haben. In demselben Ministerium werden die Arbeiten mit allen Kräften gefördert, welche sich auf Einführung der Justizgesetze nach deren voraussichtlicher Annahme beziehen. Solche Einführungs-gesetze werden augenblicklich in allen Bundesstaaten vorbereitet, und schließlich noch durch die einzelnen Landtage festgestellt zu werden.

[Die preussischen Anträge zu den Justizgesetzen.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, bringt der „Staatsanz.“ folgende berichtende Erklärung:

In der gestrigen Abendausgabe der „National-Ztg.“ findet sich die aus der „Posener Zeitung“ entnommene Mittheilung, daß in der am 31. v. M. stattfindenden Plenar-Sitzung des Bundesraths von Preußen nicht weniger als achtzig Amendements zu den Beschlüssen der Reichs-Justiz-Commission eingebracht wurden, von welchen nur 6 die Civil-Proceßordnung, 20 das Gerichts-Verfassungsgezet und 54 die Strafproceßordnung betrafen.

Wenn während der letzten Wochen in einem Theile der periodischen Presse ganz systematisch darauf hingearbeitet wurde, der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß die preussische Regierung, insbesondere aber der preussische Justizminister, durch Passivität und Laune dem Zustandekommen der großen Justiz-Reformgesetze Hindernisse zu bereiten, so konnte die Verichtigung von Behauptungen, welche aller und jeder thatsächlichen Begründung entbehren, für erforderlich nicht erachtet werden. Wer nur einigermaßen mit den Verhältnissen bekannt war, konnte darüber nicht zweifelhaft sein, daß es sich um eine auf Precision abzielende Erfindung handelte. Dagegen mag eine Verichtigung der obigen Mittheilung, nachdem dieselbe in ein so bedeutendes Blatt übergegangen ist, angezeigt erscheinen, weil sie in Folge bestimmter specialisirter Zahlenangaben wenigstens einen Schein der Wahrheit erregen kann. Die Verichtigung liegt in der einfachen Behauptung, daß Preußen mehrere Tage vor dem 31. v. M. den verbündeten Regierungen nur drei Anträge für die Bundesraths-Sitzung mitgetheilt hat, von denen der erste das Gerichts-Verfassungsgezet, der zweite, lediglich eine Consequenz des ersteren, die Civil-Proceßordnung und der dritte die Straf-Proceßordnung betrifft.

[Erklärung.] Die „National-Zeitung“ bringt folgende Erklärung: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ übernimmt eine Erneuerung der im Frühjahr dieses Jahres von anderer Seite gegen die „National-Zeitung“ gerichteten und alsbald von uns zurückgewiesenen Verläumdungen, indem sie sich zu diesem Zweck zu der hiesigen „Staatsbürger-Zeitung“ gesellt, und in deren Worten redet. Der politische Zweck, der mit der systematisch betriebenen Verbreitung dieser Verläumdungen verknüpft ist, tritt klar hervor. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die nachfolgende Erklärung, welche uns von der „Direction der Berlin-Dresdener Eisenbahn“ zugegangen ist, zu veröffentlichen:

Berlin W., am 10. October 1876, Mathäikirche-Strasse Nr. 13. Dem mündlich geäußerten Wunsch Ihres Redacteurs entsprekend, treten wir hiermit der im Namen der „National-Zeitung“ von dem Verlage derselben abgegebenen, in Nr. 52 der Abend-Ausgabe dieses Blattes vom 1. Februar d. J. abgedruckten Erklärung, welche lautet: Die Dinstags-Nummer der „Kreuz-Zeitung“ enthält einen Artikel, der mit den Worten schließt:

„Uebrigens sind der „National-Zeitung“ für Empfehlung von Eisenbahnen Tausende von Thalern zugesprochen. Ich nenne hier die Berlin-Dresdener Bahn, wofür die „National-Zeitung“ nach Mittheilung von Zeugen, welche ich für glaubhaft halten muß, mehrere Tausend Thaler, es wurden mir 6000 Thaler genannt, erhielt.“ Wir erklären diese Behauptungen Wort für Wort für durchaus und in jeder Beziehung erfunden und aus der Luft gegriffen.

Niemals hat die „National-Zeitung“ zu der Berlin-Dresdener Bahn irgendwelche Beziehungen gehabt. Die von diesem Unternehmen ausgehenden Injuncten sind der „National-Zeitung“ bei der Emittirung der Aktien durch das Annoncen-Bureau von Ab. Sackmann zugegangen, für die Veröffentlichung dieser Anzeigen hat die „National-Zeitung“ den tarifmäßigen Injunctenpreis mit in Summa 236 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. liquidirt, und erhalten.

Wir erklären ferner, daß der „National-Zeitung“ niemals, weder von der Berlin-Dresdener Bahn noch von einer anderen Bahngesellschaft irgend etwas anderes zugegangen ist, als bei Injunctenaufträgen die allgemein üblichen tarifmäßigen Injunctengebühren.

In eine Polemik gegenüber den systematisch gegen unser Blatt gerichteten Angriffen gebeten wir, wie wir für die Leser unseres Blattes bemerken, nicht einzutreten.

Im Namen der „National-Zeitung.“ Der Verlag der „National-Zeitung.“

Wort für Wort aus unserer Seite bei und sind bereit die Richtigkeit derselben event. eiblich zu erhärten. Wir überlassen Ihnen von dieser Erklärung den Ihnen wünschenswerth erscheinenden Gebrauch zu machen.

Die Direction der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft. Heise.

An die Redaction der „National-Zeitung.“ Dem unterzeichneten Chef-Redacteur der „National-Zeitung“ ist auf von ihm erhobene Anfrage von der Direction der Berlin-Dresdener Bahn, Namens derselben durch deren Directionsmitglied Herrn Schneider die officiële Erklärung des Weiteren dahin gegeben worden, daß weder der „National-Zeitung“, noch deren Verleger, noch einem der Redacteurs oder Mitarbeiter derselben jemals irgend eine Zuwendung irgend einer Art von Seiten der „Berlin-Dresdener Bahn“ gemacht worden ist und daß die Direction dieser Bahn bereit ist, diese Thatsachen eiblich und urkundlich zu bekräftigen.

Berlin, den 2. November 1876. Redaction der „National-Zeitung.“ J. Dernburg, Chef-Redacteur.

Elbing, 2. Nov. [Die Fragestellung beim Schwurgericht.] Wie westpreussische Blätter melden, hat in der hiesigen Schwurgerichts-Sitzung vom 23. v. M. der merkwürdige Fall sich ereignet, daß die Geschworenen einen Angeklagten „nichtschuldig“ sprechen wollten und ihn „schuldig“ sprachen. Es lag dies an der Wortstellung der Frage, welche lautete: „Ist der Angeklagte nicht ohne sein Verschulden in die Schlägerei verwickelt worden?“ Diese Frage bejahten die Geschworenen, weil sie glaubten, daß er „schuldig“ sei, wenn sie antworteten: „Nein, er ist nicht ohne sein Verschulden in die Schlägerei verwickelt worden.“ Als die Geschworenen den Spruch aufklären wollten, war es zu spät, und es blieb nur dem Vertheidiger noch übrig, den Antrag zu stellen, den Angeklagten, der zu einem Monat Gefängnis verurtheilt wurde, einstweilen auf freien Fuß zu setzen, damit Seitens der Geschworenen ein Gnadengesuch bei dem Kaiser eingereicht werden könne. Diesem Antrage gemäß beschloß denn auch der Gerichtshof.

Strelitz, 2. Nov. [Verwendung der Kriegs-Entschädigung.] Aus Mecklenburg, der letzten deutschen Colonie des mittelalterlichen Sunferthums, kommt die interessante Nachricht, es liege in der Absicht des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, der meistens außer Landes, und zwar mit Vorliebe in der Umgegend des Erbprinzen Georg verweile, den Ständen keine Rechenschaft über die Verwendung der französischen Kriegs-Entschädigung zu geben.

München, 2. Nov. [Prinz Otto.] Der „Nat.-Ztg.“ schreibt man von hier: Daß Prinz Otto, der einzige Bruder unseres Königs, schon seit einigen Jahren leider dem Strich verfallen ist, ist im Publikum längst bekannt; zum ersten Male aber erhalten wir jetzt eine officiële Bestätigung dieser so traurigen Nachricht, indem die „Allgemeine Zeitung“ aus der Feder eines am königlichen Hofe angestellten geistlichen Herrn die Mittheilung erhielt, daß der Arzt, welcher den Prinzen bisher behandelte, auf Ansuchen der Functionen entbunden, „und zur ärztlichen Behandlung des Prinzen Otto die Doctoren Pauli und Salbrig im Wechsel beigezogen wurden.“ — Diese beiden Doctoren sind eben Aerzte der Kreis-Frennanstalt dahier. Die beklagenswerthe Krankheit des Prinzen soll, so wird vielfach berichtet, zudem leider schon so weit gediehen sein, daß kaum noch Hoffnung auf Wiedergenesung gehegt werden darf. Prinz Otto aber wäre, insofern der König nicht vermählt ist und einen Sohn hat, der einzige directe Erbe des haitirichen Thrones!

Karlsruhe, 2. Nov. [Der Großherzog] hielt vorgestern an die Mitglieder der Generalynode, die nach dem Schluß ihrer Arbeiten zur großherzoglichen Tafel gezogen wurden, eine bedeutungsvolle Ansprache, welche zugleich auf das fortwährende Regierungs-Programm Bezug nimmt. Nach der „Karlsruh. Ztg.“ lautet dieselbe:

„Ich freue mich, Sie in diesen Räumen herzlich willkommen zu heißen, Sie, die zum ersten Male, und Sie, die wiederholt an den Arbeiten der Synode Theil genommen haben; ich freue mich um so mehr, Sie bei mir begrüßen zu können, als der Geist des Friedens und der Eintracht in so hervorragender Weise über Ihren Arbeiten gewaltet hat. Ich hege die Zuversicht, daß die wichtigen Beschlüsse, welche durch so bereitwilliges Entgegenkommen aller Theile zu Stande gekommen sind, die segensreichsten Wirkungen für die Interessen unserer Landeskirche haben werden. Die Entwicklung unserer Kirchenverfassung wird in solchem Geiste sicher und stetig vorwärts schreiten und immer tieferer Wurzel im Herzen des Volkes schlagen. Verachten Sie nicht, daß ich mich auf die Einzelheiten der von Ihnen berathenen Gegenstände einlassen werde, das ist nicht mein Beruf. Meinen Beruf erkenne ich darin, der Schöpfer unserer Landeskirche zu sein, über den Parteien stehend in gerechter Würdigung der verschiedenen Standpunkte die Kirchenverfassung treu zu bewahren und ihr die Möglichkeit eines gedeihlichen Ausbaues zu sichern. Ich möchte Ihnen aber meine besondere Befriedigung darüber ausdrücken, daß Sie Beschlüsse gefaßt haben, die darauf gerichtet sind, unsere Landeskirche auch durch äußere Einrichtungen mit der großen deutschen evangelischen Kirche in engere Verbindung zu bringen. Indem Sie dadurch der wichtigen Aufgabe nachgekommen sind, für die deutsche Einigung auf dem Gebiete unserer evangelischen Kirche zu wirken, haben Sie eine werthvolle Bürgerpflicht dafür geschaffen, daß die Kirche unseres Landes mehr und mehr als ein kräftiges Glied der großen evangelischen Kirche Deutschlands sich erweisen wird. Und wenn ich von diesen Aufgaben deutscher Einigung spreche, so werden Sie es natürlich finden, daß ich auch der entsprechenden, mit jenen so innig zusammenhängenden Aufgaben auf dem staatlichen Gebiete gedenke. Ich bin um so mehr dazu veranlaßt, als in dieser Beziehung von verschiedenen Seiten Zweifel erhoben wurden, die auch auf den Gang unserer inneren Angelegenheiten störend einwirken könnten. Ich darf Sie versichern, meine Herren, daß keine Aenderung eintreten wird in der Richtung, die wir seit langen Jahren eingehalten haben; ich versichere hier um so lieber, als ich weiß, daß keine Sehnsucht bestand, eine andere Richtung zu verfolgen, weder in den Angelegenheiten unseres Landes, noch in denen, die sich auf das Reich beziehen. Es ist fast ein Vierteljahrhundert, daß ich am Steuer sitze, und ich darf annehmen, daß man mich hinlänglich kennt, um zu wissen, daß es meinen Neigungen nicht entspricht, von der eingehaltenen Bahn abzulassen und das Schiff in Klippen und Stürme zu führen; daß im Gegentheil ich es für meine Aufgabe erachte, es vor Sie zu hüten und dem sichern Hafen zuzuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß die Gesetzgebung unseres Landes fest gegründet ist, und daß auf den Grundlagen, auf welchen sie beruht, weiter gearbeitet werden muß. Vertrauen Sie jetzt darauf, meine Herren, daß die Männer, welche berufen sind an diesen Arbeiten Theil zu nehmen, dieselben mit jener Pflichttreue, mit jener Liebe durchzuführen bestrebt sein werden, die allein segensreiche Früchte erzielen können. Und mit derselben Pflichttreue und derselben Liebe wollen wir in Gemeinschaft mit Ihnen danach trachten, die Angelegenheiten unserer evangelischen Kirche auf der Grundlage der Verfassung zu fördern. Möge es uns gelingen, dieses schöne Ziel zu erreichen und die politische und religiöse Eintracht des Landes zu erhalten. Von diesem Wunsche getragen, meine Herren, erbehe ich das Glas und trinke auf das Wohl der Mitglieder der Generalynode, auf das Wohl derer, welche zu vertreten Sie berufen waren.“

Oesterreich.

Wien, 3. Nov. [In der heutigen Sitzung des Ausschusses für die Steuerreform] machte der Finanzminister die Mittheilung, er sei von dem Kaiser zu der Erklärung ermächtigt, daß bezüglich des Privatvermögens des Kaisers und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses keine Steuerbefreiung in Anspruch genommen werde.

Wien, 3. Nov. [E. Schernajeff.] Die „Deutsche Ztg.“ läßt sich aus Paracin telegraphiren: „Dem General Schernajeff wurde das Recht des Avancements abgenommen; ebenso sind seine besonderen Einrichtungen um Deligrad mißbilligt worden. In Folge dessen und der Differenzen mit dem Kriegsminister Nikolic hat Schernajeff seine Demission eingereicht, welche sehr wahrscheinlich angenommen wird. General Novoseloff und Oberst Boratovic sollen bestimmt sein, das Commando der Morava-Timok-Armee zu übernehmen.“ Eine anderweitige Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor.

Frankreich.

Paris, 31. October, Abends. [Parlamentarisches und Ministerielles.] Die Minister haben sich heute bei Dufaure versammelt, um über die in der Kammer einzunehmende Haltung Beschlüsse zu fassen. Decazes wird am Freitag definitiv eine Erklärung über die auswärtige Politik abgeben, deren Inhalt er heute den Kollegen unterbreitet hat. Dufaure hatte am Morgen eine Unterredung mit Gambetta, Leblond und Visbonne in Betreff des Gattineau'schen Antrags, aber man scheint sich noch nicht verständigt zu haben, denn am Donnerstag soll eine neue Unterredung stattfinden. In den politischen Kreisen versichert man, daß der Duc Decazes nicht lange mehr im auswärtigen Amte bleiben werde. — Die Linke des Senats hat beschlossen, die Wahl der lebenslänglichen Senatoren für den 15. November zu beantragen.

[Henry Giffard] beabsichtigt für die Ausstellung von 1878 einen Luftballon zu construiren, bei dem alle bis jetzt von der Aerostatik gemachten Erfahrungen verwertet werden sollen. Die Hülle dieses Ballons wird aus einer reihenweis wechselnden Leinwand- und Kautschuk-Schicht bestehen und gegen die rauhe Witterung durch mehrere Firnis-Lagen, gegen den Einfluß der Sonnenstrahlen durch einen weißen Anstrich geschützt werden. Dieser Koloß von 20,000 Metern Ausdehnung, 50 Metern Höhe (d. h. 5 M. höher als der Triumphbogen) und 4000 Kilo Gewicht, bildet eine große Kugel, deren Durchmesser 34 Meter beträgt. Unten befinden sich 2 große Ventile, von denen das erste von den Luftschiffern in der Gondel geöffnet werden kann und das andere sich von selbst öffnet, um das Gas, sobald es sich ausdehnt, entweichen zu lassen. Die Gondel bildet eine runde Gallerie von 15 Metern Umfang; sie hängt über einem großen kugelförmigen Becken. Der Zugang zu dieser Gallerie wird durch bewegliche Stege vermittelt, wie sie in den Häfen beim Einsteigen in die Dampfschiffe angewandt wird. Der Ballon trägt beim jedesmaligen Aufsteigen 40—50 Personen. 8 Töne, die ihrerseits an eisernen, eingemauerten Ringen befestigt sind, halten den Koloß, der inmitten reizender Gartenanlagen die höchste Kuppel aller Ausstellungs-Gebäude des Champ de Mars bilden wird.

Paris, 2. Novbr. [Der dritte Brief des Erzbischofs Guibert an Dufaure. — Die Feier des Allerheiligentages. — Dufaure und der Gattineau'sche Antrag. — Von der italienischen Oper.] Der dritte Brief des Pariser Erzbischofs Guibert an den Justizminister Dufaure wird von den Blättern lebhaft commentirt. Unleugbar hat sich der Prälat diesmal einer Mäßigung befleißigt, die von den französischen Kirchenfürsten nicht immer beobachtet wird; er greift auch nicht mehr, wie in den beiden früheren Briefen, die Beschlässe der Landesvertretung an, sondern hält sich gewissermaßen in der Defensive, indem er die Kirche gegen den Vorwurf verteidigt, daß sie sich unbefugter Weise in die Angelegenheiten der bürgerlichen Gesellschaft einmische. Gleichwohl klingen diese offenen Sendbriefe eines Bischofs an den Cultusminister selbst an. Der Cardinal-Erzbischof, bemerkt die „Republique“ mit Zug, macht da von einem Rechte Gebrauch, das man längst abgehandelt glaubte. Entweder spricht und handelt er in seinem Briefe an Herrn Dufaure als Bürger, und in diesem Falle kann man sich fragen, warum er es nicht macht wie die anderen Bürger, welche sich in ihren Interessen beschädigt glauben und welche ganz einfach eine Petition an eine der beiden Kammern richten; oder aber er handelt als Beamter, und dann muß man sich fragen, wie es statthaft ist, daß ein Beamter, einen so hohen Rang er auch einnehmen mag, in dieser Weise zu der Landesregierung zu sprechen wagt. Man brauchte nicht weit in die Vergangenheit zurückzugreifen, um auf Regierungen zu stoßen, die ein solches Verfahren nicht geduldet hätten. Was übrigens die Argumente des erzbischoflichen Schreibens angeht, so ist darüber nicht viel zu discutiren. Der Prälat giebt sich den Anschein als ob er noch auf dem Boden des Concordats stünde; aber er würde gewaltig über Tyrannei und Despotismus jammern, wenn die Regierung die Concordatsvorschriften in ihrer ganzen Strenge zur Ausführung bringen wollte. In ihrer Anwendung ist, wie Jeder weiß, eine Toleranz eingetreten, welche die Kirche in der verwegenen Weise ausbeutet. Wenn die Bischöfe sich ohne Bewilligung der Regierung in Conferenzen und Synoden versammeln, ist das etwa kein Uebergriß? Wenn sie die Acten des römischen Hofes, wie die Encyclica Quanta cura und den Syllabus veröffentlichen, ist das kein Uebergriß? Wenn sie die Einrichtung massenhafter religiöser Genossenschaften und Orden, welche nicht staatlich anerkannt sind, begünstigen, ist das kein Uebergriß? Wenn sie durch ihre Gegenwart und ihren Segen die Professionen und Pilgerfahrten unterstützen, bei welchen mehr die politische Leidenschaft als die Frömmigkeit ihre Rechnung findet, ist das kein Uebergriß? Und so mit allen Artikeln des Concordats. Man könnte sie der Reihe nach durchgehen und würde finden, daß der Clerus sie zu umgehen gewußt hat, wenn er sie nicht offen verließ. — Am gestrigen Allerheiligentage wurden die Kirchhöfe wie gewöhnlich von einer ungeheuren Menschenmenge besucht. Auf dem Kirchhofe Père Lachaise namentlich herrschte großes Gedränge. Das Wetter war kalt, aber trocken. Im Laufe des Nachmittags wurde Fräulein Delescluze, die Schwester des letzten Kriegs-Delegirten der Commune, auf dem Kirchhofe Cayenne beerdigt. Die Verstorbene hatte keine Verwandten mehr, aber ein gewaltiger Leichenzug (von nahe an 3000 Personen) folgte dem Sarge, voran Gambetta, Perrat, Edm. Adam, Drinard, Clemenceau und andere Deputirte und Senatoren. Der Zug begab sich nicht in die Kirche. Am Grabe hielt Duentin, ein Freund Delescluzes, eine kurze Ansprache; er begnügte sich, den Brief vorzulesen, in welchem Delescluze, ehe er auf die Barrikade ging, von seiner Schwester Abschied nahm. — Die Vorstände der drei republikanischen Gruppen unterhandeln noch mit Dufaure über den Antrag Gattineau. Man hat sich noch nicht verständigt. In der letzten Unterredung mit den drei Präsidenten der Linken erklärte Dufaure, daß er im Princip die Einstellung der Prozesse annehme, daß es ihm aber sehr schwer scheine, auf gesetzlichem Wege die Ausnahmen festzustellen. Er bestimmt formulirten Gegenantrag hat Dufaure nicht gestellt und die Vorstände der Linken versammeln sich heute, um zu berathen, ob die Linke an dem Gattineau'schen Vorschlage einfach festhalten soll. — Die italienische Oper hat

ihre Wintersaison mit Verdi's „Forzabel Destino“, einem Werke, das bisher hier nicht zur Aufführung gelangt war, eröffnet. Der Erfolg war nicht besonders groß; das finstere Sujet des Stückes und die nicht leicht verständliche Handlung mißfielen dem Publikum. Am meisten sprach an das Duett des ersten Actes, ein großer Theil des zweiten Actes, endlich das Herausforderungs-Duett. Das Finale des 3. Actes ist stark abgekürzt und eine Buffoscene im letzten Act gestrichen worden. Die Vorstellung durch die Herren Brambado, Rezze, Pandolfini und Fräulein Borghi-Mamo war eine gute, wenn auch keine glänzende.

Paris, 1. Nov. [Dufaure über den Gattineau'schen Antrag.] Die Antwort, welche der Minister-Präsident Dufaure den drei Präsidenten der Linken betreffs des Antrages Gattineau ertheilte, lautet in ihren Hauptpunkten:

Er sei im Princip für die Einstellung der Verfolgungen und sei auch vollständig dafür, daß man nach fünf Jahren dem Theile der Bevölkerung, welcher als Opfer einer bedauernden Uebereilung an den Ereignissen von 1871 sich betheiligt, den Frieden zurückgebe; dagegen hält er es für schwierig, ja beinahe unmöglich, diesen Zweck auf dem Wege der Gesetzgebung zu erreichen; der Antrag Gattineau's ordne die Einstellung der Verfolgungen für alle Thatfachen der Commune an und mache nur eine Ausnahme für die Verbrechen des Mordes, der Brandstiftung und des Diebstahls; er, Dufaure, finde, daß diese Ausnahmen zu beschränkt seien; es werde aber sehr schwierig sein, die Ausnahmen durch ein Gesetz festzustellen. Die zu große Zahl der Ausnahmen würde die Schwierigkeit der Aufstellung des Gesetzes noch vermehren. Um alle diese Schwierigkeiten zu vermeiden, habe die Regierung ihre Zuflucht zu dem Briefe des Präsidenten der Republik genommen, welcher betreffs der Einstellung der Verfolgungen im Amtsblatt erschienen sei; die Regierung sei darüber lebhaft angegriffen worden; aber wenn die Stunde gekommen, werde er vor den Kammern beweisen, daß sie das gehalten, was sie versprochen. Dufaure fügte hinzu, er glaube, daß der Antrag Gattineau kein Act des Mißtrauens gegen die jetzige Regierung sei, sondern daß man sich gegen das Aufsteigen späterer Regierungen sichern wolle. Es werde aber sehr schwierig sein, solche Bürgschaften zu erlangen. Gegen die Einsetzung der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit an die Stelle der Kriegsgerichte für die in contumaciam Verurtheilten sprach sich Dufaure im Princip aus; er bezieht zugleich, daß dieselbe als ein Act der Verächtlichkeit gegen die Armee betrachtet werden würde. Er ist auch der Ansicht, daß, falls man die gewöhnlichen Gerichte mit den Processen der in contumaciam Verurtheilten betraue, diese 4—5 Jahre dazu gebrauchten, da die Zahl dieser Fälle über 3000 betrage und diese jährlich ungeachtet ihrer Minderzahl nur 800 erledigten. Dufaure würde daher vorziehen, daß die Verfolgung gegen die in contumaciam Verurtheilten ganz eingestellt würde; die Formel dafür zu finden, hält er aber für äußerst schwierig. Schließlich bemerkte Dufaure, daß er nur seine persönlichen Ideen ausgedrückt, daß er den Ministerrath befragen und den Delegirten die Ansicht desselben mittheilen werde.

[Ueber die schon erwähnte Angelegenheit des Bischofs St. Etienne] schreibt man der „R. Z.“: „Bin ich recht berichtet, so erwartet man, daß die Curie nachgeben werde. Als Jules Simon Cultusminister war, kam ein ganz ähnlicher Fall vor. Herr Thiers nahm denselben in die Hand und erklärte dem heiligen Stuhl mit großer Höflichkeit, er werde keines der alten Rechte, welche Frankreich's Regierung in Angelegenheiten der kirchlichen Verwaltungs-Controle von den Königen übernommen habe, sich entwinden lassen. Rom gab nach: es hat eben zu viele Gründe, sich nicht mit Frankreich zu überwerfen. Es scheint überhaupt, daß man im Vatican dem Gedanken näher getreten ist, sich mit der Republik zu vertragen und diese für sich nutzbar zu machen. Bekanntlich wurde im Jahre 1801, als Napoleon das Concordat mit dem heiligen Stuhle abschloß, demselben eine Reihe von sogenannten „organischen Artikeln“ angehängt, welche die Anwendung des Concordats auf die französischen Diöcesen regeln, und Concordat nebst organischen Artikeln wurde zusammen als Staatsgesetz angenommen und verkündet. Diese organischen Artikel sind nun den Ultramontanen stets ein Dorn im Auge gewesen; sie haben in den letzten Jahrzehnten nicht aufgehört, gegen dieselben zu protestiren und ihnen die Rechtsgültigkeit abzuspochen, weil sie ohne Zustimmung des Papstes zu Stande gekommen seien. Erzbischof Guibert erkennt nun in seinem letzten Schreiben an Dufaure diese organischen Artikel einfach an als einen Vertrag, der Frankreich und die Kirche binde. Das „Journal des Debats“ geht sofort auf die hingeworfene Lockung ein, bedauert, daß man von beiden Seiten, von kirchlicher wie von republikanischer, sich manchen Verstoß habe zu Schulden kommen lassen, und wünscht, daß „Clericale und Rabicale“ sich die Worte des Bischofs zu Herzen nehmen. Dieses Blatt hat stets einer Verquickung des Liberalismus mit den gemäßigten Clericalen das Wort geredet. Der in Kirchenfragen freiere „Temps“ verhält sich ablehnender; er macht vor Allem auf den unheilbaren Gegensatz aufmerksam, in welchem der Ultramontanismus die Kirche zu den Grundsätzen des modernen Lebens getrieben habe. „Unsere Mitbürger“, sagt er, „haben die größte Hochachtung vor der Religion, aber sie wollen sich nicht die sämtlichen Folgen des Syllabus aufdrängen lassen.“

[Victor Hugo's „Lucrèce Borgia.“] In St. Etienne wurde gestern „Lucrèce Borgia“ von Victor Hugo gegeben. Der sehr clerical genannte Präfect dieser Stadt hatte aber das Stück sehr beschnitten und alle Stellen herausgerissen, welche Bezug auf den Papi Alexander VI. hatten. Wie es heißt, hatte die Geistlichkeit dies verlangt, und der Präfect hatte ihr gewilligt, ohne bei dem Minister anzufahren.

[Aus Algier.] „Bien Public“ will wissen, der General-Gouverneur von Algerien bereite außerordentliche Maßregeln vor, um das System der gemeinschaftlichen Verantwortlichkeit auf die arabischen Stämme anzuwenden, damit den furchtbaren Waldbränden, der Geißel der Colonie, ein Damm gesetzt werde.

Provincial-Beitrag.

Breslau, 4. Nov. Angeworben: Se. Durchl. Herzog v. Dino, Graf v. Talleyrand-Perigord aus Schloß Günthersdorf. Ihre Durchl. Prinzessin v. Schönau-Carolath aus Schloß Sabor. (Zröbl.)

*** [In Bezug auf die Reise des Kaisers nach Schlesien] wird uns unterm 3. Nov. aus Sagan gemeldet: Nach einer dem Herrn Bürgermeister Würfel heute vom Königl. Hofmarschallamt zugegangenen Nachricht trifft Se. Majestät der Kaiser erst am 15. d. Mts. in Sagan ein.

[Dementi.] Die „Kreuzzeitung“ meldet: Wie die „Weser-Ztg.“, melden auch andere Blätter, daß Se. Maj. der Kaiser und Königin das Entlassungs-Gesuch des Grafen v. Arnim-Boitzenburg als Oberpräsidenten der Provinz Schlesien anzunehmen verweigert habe. Diese Nachricht ist indes wohl als voreilig anzusehen, insofern ihr mehr eine wahrscheinliche Conjectur, als eine bereits vorhandene Thatsache zu Grunde liegt.

X. Neumarkt, 3. Nov. [Tageschronik.] Nach einer jetzt veröffentlichten Polizeiverordnung ist es nur 7 Gastwirtschaften hier gestattet, nach 11 Uhr Abends ihre Localen Gästen noch geöffnet zu halten, alle anderen Gastwirtschaften verfallen in Geldstrafe bis zu 60 Mark, wenn sie Gäste nach den Polizeistunden noch in ihren Localitäten dulden, eben. tritt eine Gefängnisstrafe bis zu 14 Tagen ein. Gäste, welche über die Polizeistunde in den Wirtschaften verbleiben, müssen eine Geldstrafe bis zu 15 M. zahlen. Dieses Gesetz tritt zum 5. d. Mts. in Kraft.

tz. Brieg, 2. Novbr. [General-Lehrer-Conferenz.] Die diesjährige General-Conferenz der evangelischen Lehrer des Schulinspectionsbezirks Brieg wurde gestern unter dem Vorsitze des Kreis-Schulinspector's, Superintendent Wertheim abgehalten. Nach Gesang und Gebet gab der Vorsitzende zunächst eine statistische Uebersicht über die Schulverhältnisse des Bezirkes im abgelaufenen Jahre. In 43 Schulen unterrichteten 64 Lehrer, 3 Hilfslehrer, 4 Lehrerinnen und 2 Schul-Aspiranten. Die Hilfslehrerstellen in Lössen, Linden und Michelau sind unbesetzt. Besucht wurden genannte 43 Schulen von 4985 evangelischen, 195 katholischen, 49 jüdischen, zusammen 5229 Schülern. Ein Todesfall ist in den Kreisen der Revisoren und Lehrer

nicht vorgekommen; doch waren mehrfache Veränderungen mitzutheilen. Nach Verlesung einiger Regierungs-Verfügungen und Entgegennahme der Mittheilungen über die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer guten Kreisfart erhielt das Wort Lehrer Schmidt aus Taschenberg zu seinem Vortrage über das von der Regierung gestellte Thema: „Auf welche Weise dürfte es möglich werden, die Kinder des herumziehenden Gefindes weiter zu entwickeln, als dies bisher geschehen ist?“ Nach Darlegung der der geistigen Entwicklung hinderlichen Ursachen gab der Vortragende die ihm zur Hebung geeignet erscheinenden Mittel in klarer, übersichtlicher Weise an; Einführung von Kleinkinder- und Fortbildungsschulen haben wir als die wichtigsten derselben heraus. Einem von Superintendent Jörn gestellten Antrage, die Versammlung solle erklären, daß das Freizügigkeits-Gesetz die Hauptschuld an dem maßlosen Herumziehen, an der Unheilbarkeit des Volkes überhaupt trage, wurde von Lehrer Diskowsky entgegen, daß es nicht Sache der Versammlung sei, sich gegen bestehende weise Gesetze zu erklären, daß aber auch die Behauptung, das Freizügigkeits-Gesetz trage die ihm allein zur Last gelegte Schuld, gar nicht richtig, der Uebelstand vielmehr ein sehr alter sei, wie eine Regierungs-Verfügung vom Jahre 1832 beweise, welche als wirksames Gegenmittel vor der Aufnahme in den Confinanden-Unterricht eine im Wesen des Lehrers vorzunehmende Prüfung des Schülers anordnet; das dürfte auch heute helfen, wenn es nicht unterlassen würde. Als ein nachahmenswerthes Beispiel wurde den Landgemeinden die Kleinkinder-Schule in Lössen, die einzige im Kreise, hingestellt; eine Einrichtung solcher Pflanzstätten scheitert aber gewöhnlich am Kostenpunkte. — Es folgte ein zweiter höchst interessanter Vortrag des Conrector Blümel: „Ueber Erziehung, besonders berücksichtigend das Verhältniß von Schule und Haus.“ Derselbe wird in den nächsten Nummern der „Brieger Zeitung“ wenig gekürzt zum Abdruck gebracht werden, um eben eine Einwirkung auf das Haus zu versuchen. Nachdem Rector Kurts noch einige den Kreis-Vestalozzi-Verein betreffende Worte an die Anwesenden gerichtet hatte, wurde die Conferenz vom Vorsitzenden mit Gebet geschlossen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Versailles, 3. Nov. Deputirtenkammer. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten verlas in der heutigen Sitzung folgende auf die orientalischen Angelegenheiten bezügliche Erklärung:

Unsere Politik in den auswärtigen Fragen war uns vorgeschrieben durch das höchste und zwingende Interesse, welches sich überall im Lande in eclatanter Weise kundgibt. Der Friede ist unser erstes und unser wesentlichstes Bedürfnis. Wir sind unabwähndlich dieser Ueberzeugung treu geblieben. Der Friede erlaubt Frankreich, sich der inneren Umgestaltung zu widmen und die erlittenen Unglücksfälle auszubessern. Der Friede ist also der überlegte und freie Entschluß der französischen Nation. Wir können constatiren, daß unser Land, während ein Theil Europas einer Beunruhigung unterliegt, deren Wirkungen sich überall fühlbar machen, die Absicht ausgesprochen hat, ausschließlich zu den fruchtbaren Kämpfen der Industrie und des Handels einen Aufbruch zu machen. Von der Ansicht ausgehend, daß die Ruhe, welche Frankreich genießen will, sich auf ganz Europa ausdehnen müßte, haben wir die Bestrebungen und Combinationen unterstützt, welche bezwecken, den Frieden wiederherzustellen, wo er beeinträchtigt wurde, und ihn zu beschützen, wo er bedroht erschien. Keinerlei Ungewißheit hat entstehen können über die Nützlichkeit unserer friedlichen Gesinnung und über unseren Entschluß, den Conflicten fern zu bleiben, welche wir hätten befürchten müssen, wenn wir weniger Vertrauen in die Weisheit der Regierungen gesetzt hätten; wir würden jedoch Ihren Absichten vollständig zumider gehandelt haben, wenn wir nicht jede Gelegenheit ergriffen hätten, um für dasjenige einzutreten, was die gerechte Sache der Christen im Orient ist. Der abgeschlossene Waffenstillstand ist die erste Etappe auf dem Wege der Verabreichung, der erste Erfolg der Politik der Versöhnung. Sobald die Umstände es gestatten, wird Ihnen die bezügliche diplomatische Correspondenz von der Regierung vorgelegt werden. Sie werden in derselben einen Beweis dafür finden, daß die Regierung der Republik eine geachtete Stellung im europäischen Concerte eingenommen und stets eine Sprache geführt hat, die der Würde und dem Interesse des Landes entspricht und doch der Regierung die volle Freiheit ihrer Entschlüsse für die Zukunft bewahrt. Wenn gleichwohl unserer Erwartung zuwider Verwicklungen entstehen sollten, so können Sie doch überzeugt sein, daß wir niemals aus der Neutralität heraustraten werden, die uns vorgezeichnet ist, und daß wir niemals das Verlangen an Sie stellen werden, in einem Kampfe, bei welchem unsere wesentlichen Interessen nicht in Frage kommen, die Ehre und Sicherheit Frankreichs auf's Spiel zu setzen. Nachdem wir solcher Gestalt und nach dem Maße unserer mit denen der übrigen Regierungen vereinigten Anstrengungen Alles gethan haben, um den europäischen Frieden zu erhalten, dürfen wir wenigstens versichert sein, daß wir im Stande sein werden, denselben für uns selbst zu bewahren.

Versailles, 3. Nov., Abends. Kammer. Dufaure sprach sich formell gegen den Antrag der Linken auf Einstellung der gerichtlichen Verfolgung gegen die am Communeaufstand Betheiligten aus. Die Linke brachte einen Vermittlungsantrag ein, wonach einen Monat nach dem Erlaß des Gesetzes die Verjährung eintreten soll. Ueber diesen Antrag wird noch zwischen der Linken und dem Ministerium verhandelt.

Brüssel, 3. Nov. Der „Nord“ meldet nachträglich über die dem Abschluß des Waffenstillstandes vorausgegangenen Verhandlungen, daß Oesterreich, Frankreich und Italien bei der Pforte das Zugeständniß eines schwächlichen Waffenstillstandes befürwortet hätten. England habe sich auf die Erklärung beschränkt, daß es gegen einen solchen Waffenstillstand keine Einwendung zu erheben habe. — Ueber das russische Ultimatum bemerkt der „Nord“ in Uebereinstimmung mit früheren anderweitigen Nachrichten, daß dasselbe durch die bedrängte Lage Serbiens veranlaßt worden sei.

Konstantinopel, 3. Nov. Die Gesandten versammelten sich heute bei Elliot, um die Frage bezüglich der Demarcationslinie zu erörtern. Man hofft ein Einverständnis zu erzielen.

Belgrad, 3. Nov. Fürst Milan ist vom Kriegsschauplatz hierher zurückgekehrt.

Kairo, 3. Nov. In dem gestern dem Khedive überreichten Finanzproject von Göschen und Joubert wird vorgeschlagen, die Daira aus der unificirten Schuld auszuscheiden und die Moutabalah zur Amortisirung der auf kurze Frist abgeschlossenen Anleihen mit der Maßgabe zu verwenden, daß die Amortisirung zu 80 pCt. des Nominalbetrages erfolgen soll. Ferner soll der Zinsfuß der Schatzanweisungen auf 10 pCt. herabgesetzt und eine 5-proc. Anleihe von 15 Millionen Pst. Sterl. ausgegeben werden, welche durch die Erträge der Eisenbahnen garantirt ist. Der hieraus sich ergebende Betrag soll verwendet werden, um die Anleihen von 1862, 1868 und 1873 zu amortisiren. Nach deren Wegfall würde sich die unificirte Staats-schuld von 91 Millionen auf 59 Millionen ermäßigen. Dieser Betrag von 59 Millionen soll für die Folgezeit und zwar bis zum Jahre 1885 mit 6 pCt. verzinst und mit 1 pCt. jährlich amortisirt werden. Endlich wird die Ernennung von englischen und französischen General-controluren vorgeschlagen, welchen in voller Unabhängigkeit vom egyptischen Finanzminister die Ernennung von Generalsteuereinnehmern im ganzen Lande einzuräumen wäre. Der Khedive hat das Project dem Ministerrathe überwiesen.

(Aus L. Girs' Telegraphen-Bureau.)

Wien, 3. Nov. Einem vom Großvezier an die Votschaster gerichteten Telegramme zufolge ist der am 2. November, Abends, in Kraft getretene Waffenstillstand nur auf das Andringen und die friedliche Versicherung sämtlicher Mächte von der Pforte angenommen worden.

Cettinje, 3. Nov. Montenegro hat gestern die Feindseligkeiten eingestellt.

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung. Merinag, 31. Oct., Abends. Diesen Abend besetzten die Türken Merinag und alle Redouten, von welchen die Stadt umgeben war. Nachdem Hapz Pascha die große Redoute genommen und die Verbin-

Dung zwischen Deligrad und Merinaß zerschnitten hatte, räumten die Serben die Stadt und alle Redouten, selbst die auf der Straße nach Banja; ihre Kanonen wurden nach Deligrad transportirt; Ahmed Eub rückte persönlich in Merinaß ein.

Berliner Börse vom 3. November 1876.

Fonds- und Geld-Course.			Wechsel-Course.		
Consolidirte Anleihe.	104 1/2	bz	Amsterdam 100 Fl.	8 1/2	169,20 bz
do. 1876.	97 1/2	bz	do.	8 1/2	168,40 bz
Staats-Anleihe.	96,90	bz	London 1 Lstr.	2 1/2	20,365 bz
Staats-Schuldenschein.	93 1/2	bz	Paris 100 Frs.	8 1/2	81,35 bz
Präm.-Anleihe v. 1855.	135,50	bzG	Petersburg 100 Rbl.	8 1/2	253,80 bz
Berliner Stadt-Oblig.	101,90	bz	Warschau 100 Rbl.	8 1/2	258,40 bz
Berliner Hyp.-Pfd.	100,50	bzG	Wien 100 Fl.	2 1/2	164,50 bz
Schlesische neu.	82,80	bzG	do.	2 1/2	163,30 bz
Pommersche neu.	84 1/2	bz			
Kur.-u. Neumark.	94,90	bz			
Pommersche.	94,90	bz			
Pommersche.	94,90	bz			
Preussische.	94,90	bz			
Westfäl. u. Rheinl.	98,50	bz			
Sächsische.	96,75	bz			
Schlesische.	96,90	bz			
Badische Präm.-Anl.	116,50	bzG			
Bayerische 4% Anleihe	119,25	bzG			
Österr.-Präm.-Anleihe	107,90	bz			
Kurs d. 30er-Lose 248 1/2 bz			Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.		
Badische 3% Fl.-Lose 132,90 bz			Aachen-Mastich.	1	18 1/2
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,70 bzG			Berg-Märkische.	2	19 1/2
Oldenburg. Lose 133,90 bz			Berlin-Anhalt.	8 1/2	106 1/2 bzG
			Berlin-Dresden.	2 1/2	21,75 bzG
			Berlin-Görlitz.	0	26 10 bz
			Berlin-Hamburg.	10	178,75 bzG
			Berlin-Nordbahn.	0	fr.
			Berl.-Potsd.-Magdb.	3	80,25 bzG
			Berlin-Stettin.	9 1/2	120 1/2 bzG
			Bohm. Westbahn.	5	70,50 bzG
			Breslau-Freib.	5 1/2	69 1/2 bz
			Coln-Mindener.	4 1/2	102,10 bz
			do. Lit. B.	5	109 1/2 bz
			Cuxhaven-Eisenb.	6	6
			Dux-Bodenbach.	0	6,60 bzG
			Gal. Carl-Ludw.-B.	8 1/2	86,10-90 bz
			Halle-Sorau-Gub.	0	6,75 bz
			Hannover-Altenb.	0	10 bz
			Kaschau-Oderberg.	5	36,50 bzG
			Kronpr. Rudolfsh.	5	41,75 bzG
			Ludwigsb.-Bxh.	9	175,50 bz
			Märk.-Posener.	0	14,20 bz
			Magdeburg-Halberst.	0	105 bz
			Meißen.	14	237,75 bz
			do. Lit. B.	4	98 1/2 bz
			Mainz-Ludwigsh.	6	97,50 bz
			Niedersch.-Märk.	4	96 bzG
			Oberst.-A.C.D.E.	12	134 1/2 bzG
			do. Lit. B.	12	124 1/2 bz
			Oesterr. Fr. St.-B.	6 1/2	433,37-50 bz
			Oest. Nordwestb.	5	198 bz
			Oest. Südb. (Lomb.)	1 1/2	132,32-50 bz
			Ostpreuss. Südb.	0	25,25 bz
			Rechte-O.-U.-Bahn	6 1/2	175,50 bz
			Reichensberg-Pard.	4 1/2	47,25 bz
			Rheinische.	4	112 bz
			do. Lit. B. (4% R.)	4	91 1/2 bz
			Rhein-Nah-Bahn	0	8,50 bzG
			Ramau-Eisenbahn	4	14,75 bz
			Schweiz Westbahn	0	23,30 bzG
			Stargard-Posener	4 1/2	100,75 bz
			Thuringer Lit. A.	7 1/2	134 1/2 bz
			Warschau-Wien.	10	191,50 bz
			Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.		
			Berlin-Görlitz.	4	65 bzG
			Berlin-Nordbahn	0	fr.
			Breslau-Warschau	0	fr.
			Halle-Sorau-Gub.	0	18 bz
			Hannover-Altenb.	0	31,50 bzG
			Köln-Falkenb.	2 1/2	0
			Märkisch-Posener	0	66,25 etbzG
			Magdeburg-Halberst.	3 1/2	67,75 bzG
			do. Lit. C.	5	93,50 etbzG
			Oest. Südbahn.	3 1/2	72,50 bzG
			Pomm. Centralf.	0	fr.
			Rechte-O.-U.-Bahn	6 1/2	110 bz
			Rumanian.	8	62 G
			Saal-Bahn	2 1/2	5
			Weimar-Gera.	5	21 G
			Bank-Papiere.		
			Allg. Deut. Hand. G.	0	40 G
			Anglo-Deutsche Bk.	0	44 B
			Berl. Kassens-Vor.	10 1/2	154 G
			Berl. Handels-Bank.	7	67,25 bzG
			do. Prod.-u. Hds.-B.	10 1/2	82 G
			Braunschw. Bank.	7 1/2	97,10 bzG
			Bresl. Disc.-Bank.	4	67,75 bzG
			Bresl. Makl.-Ver. B.	4	fr.
			Bresl. Wechselb.	3 1/2	71,50 G
			Coburg. Credit-Bk.	2 1/2	68,25 G
			Danziger Priv.-Bank.	6	116 G
			Darmst. Creditb.	10	102,50 bzG
			Darmst. Zettelb.	6 1/2	94,50 bzG
			Deutsche Bank.	5	81 bzG
			do. Reichsbank.	—	152 bz
			do. Hyp.-B. Berlin.	7 1/2	92 bzG
			Disc.-Comm.-Anst.	12	114,10 bz
			do. ult.	12	113,50-13,50 bz
			Genossensch.-Bnk.	6 1/2	86,75 bzG
			do. junge	6 1/2	91 G
			Gwb. Schuster u. C.	0	100 bzG
			Goth. Grundcred.	0	117,25 B
			Hamb. Vereins-B.	11 1/2	100,50 G
			Hannov. Bank.	6 1/2	79,90 B
			Königsb. Ver.-Bank.	6 1/2	62 G
			Lindw.-B. Kwickel	6 1/2	62 G
			Leipz. Cred.-Anst.	9 1/2	107 G
			Luxemburg. Bank	9 1/2	94 bzG
			Magdeburger do.	5 1/2	102,50 bz
			Meißen do.	4	70 bzG
			Moldau-Lda.-Bk.	3	19,50 G
			Nordd. Bank.	10	125,50 G
			Nordd. Grundcred.	9 1/2	97,50 G
			Oberlausitzer Bk.	0	47,75 B
			Oest. Credit-Actien	6 1/2	243,43-50
			Posner Prov.-Bank	6 1/2	96 G
			Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	8	95,50 bzG
			Pr. Centr.-Bod.-Ord.	9 1/2	117 bz
			Sächs. Bank.	10 1/2	121,50 bzG
			Sächs. Cred.-Bank	5 1/2	93 B
			Schl. Bank-Verein	5	87,50 G
			Schl. Vereinsbank	5	89,75 B
			Thuringer Bank.	6	72,90 bzG
			Weimar. Bank.	5 1/2	43,25 bzG
			Wiener Unionb.	5	87 G
			In Liquidation.		
			Berliner Bank.	0	88,75 G
			Berl. Bankverein.	4 1/2	83,75 G
			Berl. Lombard-B.	0	4,50 G
			Berl. Prod.-Makl.-B.	0	57 G
			Berl. Wechselb.	0	fr.
			Centralf. f. Genos.	0	95,25 G
			Deutsche Unionb.	3	81,25 bzG
			Hannov. Disc.-Bk.	0	90 G
			Hessische Bank.	0	54,50 G
			Oesterr. Deutsche Bank	0	87,50 G
			Pr. Credit-Anstalt	0	fr.
			Pr.-Wechsler-Bank	0	fr.
			Ver.-Bk. Quistorp	0	2,75 B
			Industrie-Papiere.		
			Berl. Eisenb.-Bd.-A.	7 1/2	134,75 G
			Berl. Eisenb.-Bd.-G.	0	7,50 bzG
			do. Reichs-u. Co.-E.	0	66 bzG
			Märk. Sch.-Masch.-G.	0	12,25 bzG
			Nordd. Gummi-fabr.	5 1/2	50 G
			do. Papierfabr.	4	fr.
			Westend. Com.-G.	0	2,90 G
			Hypothek.-Vers.-Act.		
			Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18 1/2	121,50 G
			Schles. Feuervers.	20	710 G
			Donnerst.-Kassette		
			Dortm. Union.	4	19,50 bzG
			Königs- u. Laurab.	9	8,30 bzG
			Lauchhammer.	0	23,25 G
			Marienhütte.	7 1/2	69 G
			Oschl. Eisenwerke	1 1/2	6,75 B
			Redenhütte.	0	7 G
			Schl. Kohlenwerke	0	10 G
			Schl. Zinkh.-Actien	7	76,25 G
			do. St.-Pr.-Act.	7	87 B
			Tarnowitz. Bergb.	0	38 G
			Vorwärtsb.-G.	1	12 B
			Baltischer Lloyd		
			Bresl. Bierbrau.	0	40,50 G
			Bresl. E.-Wagenb.	6 1/2	17,50 B
			do. ver. Oefabr.	6	44 G
			Erdm. Spinnerci.	4	13,50 G
			Görlitz. Eisenb.-B.	2 1/2	46 G
			Hoffm's Wag.-Fabr.	0	10,25 G
			O. Schl. Eisenb.-B.	0	28 bzG
			Schl. Leinenind.	7 1/2	75,50 G
			do. Porzellan	0	10 B
			Wilhelmshütte M.A.	4	70,25 G

Berlin, 3. Novbr. Die Zweifel, die gestern gegen die Meldung von dem Abbruch des Waffenstillstandes entstanden waren, konnten den neueren Nachrichten gegenüber heute nicht mehr aufrecht erhalten werden und es war somit der Börse jeder Grund zu Verstimmung genommen, zumal auch die auswärtigen Coursebewegungen von allen Plätzen eine zuversichtliche Stimmung und steigende Bewegung signalisirten. Dies gab denn der hiesigen Börse ebenfalls einen recht festen Charakter und nahm das Geschäft vielfach einen animirten Entwicklungsgang. Besonders lebhaft waren natürlich die Speculationen, und von diesen vorzugsweise die internationalen Spielpapiere. Es boten auf diesem Gebiete nicht nur Deductionskaufe allein die Veranlassung zu den erhöhten Coursenotirungen, sondern es trugen hierzu auch speculativ Käufe das Ihrige bei. Zu erwähnen ist auch, daß in russischen 5 pCt. Anleihen ein sehr bedeutender Verkehr stattfand. Die Nachfrage überstieg hier in dem Maße das Angebot, daß eine mehrprocentige Coursesteigerung die Folge davon war. Oesterreich. Staatsbahn und Creditanleihe zogen ziemlich beträchtlich, ca. 8 M. im Course an. Auch Lombarden gingen mit einer Abnahme von 5 M. aus dem heutigen Verkehr hervor. Gegen Schluß der Börse drückten Realisationen etwas auf die Course. Für Oester. Nebenbahnen zeigte sich eine sehr feste Haltung und fast für sämtliche Devisen auch eine gute Kauflust, in deren Folge vielfache Courseerhöhungen zu verzeichnen sind. In dieser Hinsicht zeichneten sich besonders Galizier aus. Auch waren Aufstiege, Dux-Bodenbacher und Böhmisches Westb. beliebt. Die lokalen Speculationseffekten zogen sämtlich in den Course an, so namentlich Disc.-Comm., Dortmunder Union sehr fest und beliebt. Disconto-Commandit 114,10 ult. 114-13 1/2-14 1/2, Dortmunder Union 8,30, Laurahütte 70,90 ult. 70,25-71,25-70,75. Auch die ausländischen Staatsanleihen erhöhten ihre Notiz fast durchgängig. Oester. Renten, 1860er Loose und Italiener nicht unbeliebt. Russische Werthe anziehend. 5 pCt. Anleihen wurden pro ult. Nov. zu 84 1/2 gehandelt. Auch Preussische Fonds profitirten von der Stimmung, namentlich machte sich in Conjols zu besserer Notiz und in Rentendebriefen größerer Verkehr bemerkbar. Eisenbahnprioritäten sehr fest, bei steigenden Coursen auch etwas belebter. Dux-Bodenbacher höher. Die schweren Eisenbahnactien erlitten fast sämtlich Coursesteigerungen, die sich auch während des Geschäftes selbst noch erweiterten. Halberstädter sehr beliebt und wie Potsdamer und Anhalter steigend. Breslau-Freiburger zeigten sich indes schwach. Leichte Bahnactien ruhig. Halberstädter St.-Prioritäts-Anl. sehr fest und höher. Banantien fest, aber nur in sehr mäßigem Maße. Preussische Bodencredit anziehend, auch Centralbank für Industrie besser. Meiningen zogen bei lebhaftem Geschäft etwas an, Antwerpener Centralbank zu höherer Course beliebt. Schiffsbank und Leipziger Credit in guter Lage. Industriepapiere sehr ruhig, Centralstraße höher, Saline Salungen beliebt und Chemnitzer Bauberein rege. Große Werderbahn besser. Viehbof ebenfalls etwas gestiegen. Seemann Waggonfabrik bei steigender Notiz beliebt. Für Norddeutschen Eisenbahnbetrieb fehlte es an Abgehern. Braunschweiger Kohlen und Centrum höher. Bochumer Bergwerk König Wilhelm matter. Geld war wiederum etwas flüssiger und stellte sich die Disconto auf 3 1/2 Brief und 3 3/4 Geld.

Um 2 1/2 Uhr: Rubig. Credit 244, Lombarden 132,50, Franzosen 437,50, Reichsbank 152, Disconto-Commandit 113,50, Dortmunder Union 8,30, Laurahütte 70,50, Köln-Mindener 101,75, Rheinische 111,75, Bergische 78,75, Rumanien 14,75, Tärten 10.